

Prof. Dr. Rudolf E.O. Ekkart  
Ekkart Committee to the Secretary  
Den Haag

Ausschuss für Kultur und Medien 16. Wahlperiode  Ausschussdrucksache <b>Nr. 16(22) 095</b>
---

## EINIGE BEMERKUNGEN ZUR NIEDERLÄNDISCHEN RESTITUTIONSPOLITIK

Die Restitutionspolitik der Niederländischen Regierung für Kunstwerke ist bestimmt vom allgemeinen Regierungsstandpunkt über Kriegsverluste 2000 und von den Empfehlungen der Ekkart Kommission aus 2001, 2003 und 2004. Sie beschränken sich auf die Reichssammlungen, da die Regierung kein Verfügungsrecht hat über städtische und Privatmuseen und über Privatsammlungen.

Die Empfehlungen der Ekkart Kommission betreffen besonders die sog. NK-Sammlung, die nach 1945 aus Deutschland und Österreich zurückgebrachte Kunstwerke, die damals nicht zurückgegeben sind an Berechtigten.

Ausgangspunkte der jetzigen Restitutionspolitik sind?

- aktive und gründliche Provenienzrecherchen von dem unabhängigen Büro Herkomst Gezocht
- wenn die Provenienz verdächtig aussieht sucht das Büro Herkomst Gezocht Kontakt mit den früheren Besitzer oder deren Erben
- humane und nicht bürokratische Zurückgabepolitik, besonders für die von das NS Regime bedrohte Bevölkerungsgruppen
- alle Verluste in besetzten Gebieten während der Besetzung und in Deutschland während der Jahren 1933-1945 werden in Betracht genommen
- klare Regel für Bestimmung der Rechte (z.B. ehemaliger Besitz muss sehr wahrscheinlich sein, aber keine Schriftliche Beweise werden erfordert)
- Claims werden beurteilt von einer unabhängigen Restitutionskommission
- optimale Öffentlichkeit (nur beschränkt von Regeln für Privacy) und aktive Publizität
- zeitweilige Möglichkeit (bis April 2007) um damals abgeschlossene Sachen wieder zu öffnen.

Seit 2002 sind mehr als 60 Claims eingeliefert, wovon die Hälfte erledigt ist. Meistens folgte Zurückgabe aber einige Claims sind abgewiesen. Insgesamt sind jetzt fast 500 Kunstwerke zurück gegeben und wahrscheinlich werden noch einige Hunderte weitere Kunstwerke folgen. Im Allgemeinen wird die Restitutionspolitik von den Museen und von der Presse gestützt. Als sich aber letzter Monat ergab wie viel einige Rechtsanwälte der Goudstikker Erben verdienen, gab das allgemeine Beunruhigung, die aber nicht zur Änderung der Politik leiten wird.

27.3.2007